

vices. In Proc. of WGIS 2001, volume 2, p. 66. IEEE Computer Society, 2001.

- 3 J. E. Dobson, P. F. Fisher. Geoslavery. *Technology and Society Magazine*, IEEE, 22(1):47–52, 2003.
- 4 <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34601/1.html>, Zugriff 31.1.2013
- 5 <http://www.guardian.co.uk/technology/2012/feb/15/apple-iphone-address-book-privacy>, Zugriff 31.1.2013

6 <http://fsfe.org/campaigns/android/android.html>, Zugriff 31.1.2013

- 7 <http://www.cyanogenmod.org/>, Zugriff 31.1.2013
- 8 O. Diedrich, J. Wirtgen. *Smartphone-Underdogs*. C't 4/13, S. 17, 2013
- 9 M. Duckham, L. Kulik., a.a.O.
- 10 <http://www.opensukey.org>, Zugriff 31.1.2013
- 11 <http://www.heise.de/tp/blogs/6/149205>, Zugriff 31.1.2013



Stefan Hügel

Log 1/2013

Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

November 2012

4. November 2012: Google löscht acht rechtswidrige Suchergebnisse, die auf das angebliche Vorleben von Bettina Wulff verweisen. Drei der Ergebnisse stammen von der umstrittenen christlichen Seite *kreuz.net*. Die Anwälte von Bettina Wulff hatten die Löschung von 3000 Einträgen aus dem Google-Suchindex und zusätzlich 80 Begriffen aus der automatischen Vervollständigung von Suchanfragen gefordert (Quellen: Spiegel, Heise).

5. November 2012: Die Federal Trade Commission der USA kritisiert die fehlende Möglichkeit des *Do Not Track* für Verbraucher und erhöht damit den Druck auf den W3C-Standardisierungsprozess. Sie befürworte zwar grundsätzlich Selbstregulierung, denke aber angesichts des mangelnden Fortschritts über gesetzliche Regelungen nach (Quellen: Politico, Heise).

5. November 2012: Einem Bericht zufolge hat Skype Nutzerdaten an das private Sicherheitsunternehmen *iSight Partners* weitergegeben. Es handelt sich um Daten eines Niederländers, der 2010 im Alter von 16 Jahren an DDoS-Attacken der *Operation Payback* mitgewirkt haben soll. Kurz darauf wurde der Mann festgenommen. *iSight Partners* wurde danach von der Firma Paypal beauftragt, die ebenfalls Ziel der damaligen Attacken in Folge der Einstellung des Geschäftsverkehrs mit Wikileaks waren (Quellen: nu.nl, Heise).

6. November 2012: Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beginnt die Verhandlung über eine Verfassungsbeschwerde gegen die Antiterrordatei, in der Informationen zu Terrorverdächtigen und ihrem Umfeld zentral zusammengeführt werden. Die Datei verletze nach Ansicht des Beschwerdeführers, eines pensionierten Richters, eine Reihe von Grundrechten, darunter das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts sieht bei der Antiterrordatei „verfassungsrechtliche Probleme“. Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar sieht bei der Datei „erhebliche Kontrolldefizite“ und verweist auf die verfassungsrechtlich gebotene Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten (Quellen: Bundesverfassungsgericht, Heise).

9. November 2012: Forschungsprojekte, an denen auch das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei beteiligt sind, haben das Ziel, mit Hilfe von multimodalen biometrischen Gesichtserkennungssystemen auf Basis von 3D-Bildern Personen aus Foto- und Videodateien zu identifizieren. Dies geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko (Die LINKE) hervor. Gleichzeitig ist das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz (DFKI) in Saarbrücken am EU-Projekt *iCOP (Identifying and Catching Originators in P2P Networks)* beteiligt (Quellen: Andrej Hunko MdB, Heise).

9. November 2012: Der Teilnehmer der Demonstration *Freiheit statt Angst*, der 2009 von Polizeibeamten zusammengeschlagen wurde, erhält ein Schmerzensgeld von €10.000. Aus Sicht des Anwalts des Opfers sei die Entschädigung im Vergleich zu ähnlich gelagerten Fällen ungewöhnlich hoch, aus Opfersicht aber eher bescheiden. Die verantwortlichen Beamten wurden bereits zuvor in einem Strafverfahren zu je 120 Tagessätzen verurteilt (Quellen: taz, Heise).

9. November 2012: Nach Ansicht des Leiters der deutschen Niederlassung des Überwachungstechnik-Spezialisten und Herstellers der Software *FinFisher, Gamma International*, rette dessen Software Leben und helfe dabei, Kriminelle zu fassen. Er nannte aber keine konkreten Beispiele. Gamma liefere keine Software an Diktaturen und sei auch nicht für die Überwachung in Ägypten und Bahrain verantwortlich. Im ersten Fall sei ein geplantes Geschäft nicht zustande gekommen, im zweiten Fall sei eine gehackte Demoversion verwendet worden (Quelle: Heise).

12. November 2012: Verantwortlichen des Projekts *INDECT (Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment)* zufolge ziele das Projekt nicht auf eine Unterwanderung des Datenschutzes sondern vielmehr auf dessen Stärkung. Es würden auch Werkzeuge zum Schutz sensibler Daten vor Missbrauch entwickelt. Sicherheitsbehörden dürften aber persönliche Daten Verdächtiger und Krimineller ohne Wissen oder Einwilligung zur Strafverfolgung oder zur Gefahrenabwehr nutzen (Quellen: Andrej Hunko MdB, Heise).

13. November 2012: Bundeswirtschaftsminister Rösler kritisiert auf dem 7. IT-Gipfel in Essen das geplante Cyber-Sicherheitsgesetz und die damit verbundene Meldepflicht im Fall von IT-Angriffen. Er setze auf freiwillige Selbstverpflichtungen der TK-Branche und sehe Diskussionsbedarf angesichts der Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (Quelle: Heise).

14. November 2012: Der Zugang zum Internet ist nach der Feststellung des britischen Berufungsgerichts ein Menschenrecht. Es sei „heutzutage unvernünftig, jemanden zu verbieten, von zu Hause aus auf das Internet zuzugreifen“. Ein 55-jähriger Mann war verurteilt worden, weil er mit einer versteckten Handkamera eine 14-jährige beim Duschen fotografiert hatte. Unter anderem wurde ihm lebenslanglich der Besitz eines Computers verboten. Dagegen legte er erfolgreich Berufung ein, da er dadurch von der Welt abgeschnitten werde. Von dem Urteil werden weitgehende Folgen für die Praxis der Internet-Verbote erwartet (Quellen: Guardian, Heise).

14. November 2012: Immer häufiger wird Google von Staaten zur Herausgabe von Nutzerdaten aufgefordert. Im ersten Halbjahr 2012 gab es 21.000 entsprechende Verfügungen; im gleichen Zeitraum des Vorjahrs waren es noch 16.000 Verfügungen gewesen. Deutschland steht dabei mit 1546 Verfügungen auf Platz 5; an der Spitze stehen die USA mit 7969 Verfügungen, gefolgt von Indien, Brasilien und Frankreich (Quellen: Google-Transparenzbericht, Heise).

14. November 2012: Die Leitlinien zur Videoüberwachung von 2010 werden von einer Reihe von Einrichtungen und Organen der EU nicht hinreichend beachtet. Das hat der Datenschutzbeauftragte der EU, Peter Hustinx, bei einer Kontrolle festgestellt. Nur eine der kontrollierten Institutionen kläre mit allen erforderlichen Informationen über die Videoüberwachung auf; bei den Anderen gäbe es „noch bedeutenden Spielraum für Verbesserungen“ (Quellen: Europäischer Datenschutzbeauftragter, Heise).

15. November 2012: Nach Plädoyers des Justizministers von Hessen, Jörg-Uwe Hahn (FDP), und des Justizsenators von Berlin, Thomas Heilmann (CDU), wollen die Justizminister der Länder die Möglichkeit der Fahndung über Facebook prüfen, so ein einstimmiger Beschluss auf dem Treffen der Justizministerkonferenz in Berlin (Quelle: Heise).

18. November 2012: Bei mehr als der Hälfte – 29 von 52 – untersuchter Web-Seiten für Kinder hat der VZBV (Verbraucherzentrale Bundesverband) Unterlassungsverfahren eingeleitet. Werbung und redaktionelle Inhalte würden nicht klar genug getrennt, Besucher mit Spielen auf Unternehmensseiten umgeleitet und Handy-Nummern abgefragt, um ihnen kostenpflichtige Abonnements zu verkaufen (Quellen: Spiegel, Heise).

24. November 2012: Am Flughafen Frankfurt am Main werden ab sofort im regulären Betrieb Nackt-Scanner des Unternehmens L3 Communications eingesetzt. Die Nutzung sei entsprechend der Vorgaben der EU freiwillig, gesundheitliche Auswirkungen seien nicht zu befürchten. Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar wies darauf hin, „dass weder Körperkonturen noch Geschlechtsmerkmale, künstliche Körperteile oder medizinische Hilfsmittel angezeigt werden“ dürften (Quelle: Heise).

27. November 2012: In New York werden bei der Parade zu Thanksgiving Konfetti verstreut, die aus zerkleinerten polizeilichen Dokumenten hergestellt worden sind. Sozialversicherungsnummern, Namen von Polizisten und Details einer Eskorte für Präsidentschaftskandidat Mitt Romney waren darauf noch erkennbar. Wie die Dokumente unter das Konfetti geraten konnten, wird untersucht (Quelle: Heise).

27. November 2012: Die geplante Neuregelung der Auskunft über Bestandsdaten von IT-Anschlussinhabern ist nach Ansicht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein erneut verfassungswidrig. Der Entwurf unterscheide nicht ausreichend zwischen der Herausgabe von Bestandsdaten und von IP-Adressen und Sicherheitsmerkmalen. Dies verletze die Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung und auf Wahrung des Telekommunikationsgeheimnisses (Quelle: Heise).

29. November 2012: Hersteller von Spionage-Software unterhalten Recherchen des Guardian und des ICIJ (*Internationales Konsortium für investigativen Journalismus*) zufolge Briefkastenfirmen, beispielsweise auf den Britischen Jungferninseln. Beteiligt sei auch die Gamma Group International, Hersteller der Spionagesoftware FinFisher, mit der Firma Bizcorp Management Ltd. in Singapur. Über den Zweck dieser Firma lehnte ein Sprecher die Auskunft ab. Ob die Briefkastenfirmen von Gamma auch eingesetzt wurden, um FinFisher an Bahrain oder Ägypten zur Zeit des Mubarak-Regimes zu verkaufen, ist unklar (Quellen: Guardian, Heise).

Dezember 2012

1. Dezember 2012: Vor dem Hintergrund von Ermittlungen bei der Suche nach einer undichten Stelle bei der Polizei durchsuchen Staatsanwaltschaft und Polizei Wohnung und Redaktion eines Journalisten der Berliner Morgenpost. Er wird verdächtigt, einen Beamten des LKA bestochen zu haben. Der Journalistenverband DJU (*Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union*) bezeichnet die Durchsuchung als „vollkommen unverhältnismäßig und offenbar rechtswidrig“ (Quellen: Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union, Heise).

Stefan Hügel

Stefan Hügel ist Vorsitzender des FfF, arbeitet als IT-Berater und lebt in Frankfurt am Main.

3. Dezember 2012: Ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Polizeigesetzes – „Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ – wird im Landtag von Sachsen-Anhalt behandelt. Der Entwurf sieht eine deutliche Verschärfung vor, so legt beispielsweise § 33 (1) fest: „Die Polizei kann von jedem Diensteanbieter (§ 3 Nr. 6 des Telekommunikationsgesetzes) verlangen, Kommunikationsverbindungen zu unterbrechen oder zu verhindern ...“; eine richterliche Bestätigung muss erst danach „unverzüglich“ eingeholt werden. Später wird das Gesetz aufgrund heftiger Kritik überarbeitet, die grundsätzlichen Ziele sollen aber beibehalten werden (Quellen: Landtag von Sachsen-Anhalt, Heise).

5. Dezember 2012: Ein internationaler Zusammenschluss von Bürgerrechtsinitiativen, darunter *EDRI (European Digital Rights)*, die niederländische Bürgerrechtsorganisation *Bits of Freedom*, der *Chaos Computer Club*, *Digitalcourage* und die *Digitale Gesellschaft* wendet sich gegen Vorstellungen des niederländischen Justizministers Ivo Opstelten, einen niederländischen Staatstrojaner auch außerhalb der Landesgrenzen einzusetzen. Pläne für einen solchen Staatstrojaner werden im Parlament in Den Haag beraten. Das Bündnis warnt vor ernststen Gefahren für Menschenrechte und IT-Sicherheit weltweit (Quellen: Bits of Freedom, Heise).

10. Dezember 2012: Facebook lässt über neue Regelungen abstimmen, die unter anderem vorsehen, eben diese Abstimmungen abzuschaffen. Da das für eine bindende Abstimmung erforderliche Quorum von 30 % bei weitem nicht erreicht wird, wird dies damit die letzte Abstimmung bei Facebook sein. Bei der vorigen Abstimmung hatten sich ebenfalls nur 0,04 % der Nutzer beteiligt (Quelle: Heise).

12. Dezember 2012: Das Unternehmen *LeadLander* bietet Dienste an, die die Identifizierung von Besuchern von Web-Seiten über deren soziale Netze erlaubt. Offenbar werden die Besucher durch den Abgleich von sozialen Netzen und Geodaten ermittelt. Auf diese Weise werden beispielsweise Namen und E-Mail-Adressen ermittelt, um gezielt Werbung zuzusenden. Neben *LeadLander* bieten inzwischen auch weitere Unternehmen solche Dienstleistungen an. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter in Schleswig-Holstein, weist darauf hin, dass Werbe-E-Mails, die nach dem gezielten Ausspähen persönlicher Daten über Web-Seiten versendet werden, in Deutschland rechtswidrig sind (Quelle: Heise).

12. Dezember 2012: Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge sollen im Bundesgesundheitsministerium jahrelang sensible Daten gestohlen worden sein – unter anderem E-Mails der Minister Philipp Rösler und Daniel Bahr. Offenbar wurden diese Daten – Beschlüsse, Gesetzentwürfe und weitere Daten – durch die Apotheken-Lobby für ihre Arbeit genutzt. Dem Bericht nach hatten sich Mitarbeiter bereits gewundert, dass Vertreter der Apothekerschaft häufig sehr gut über Initiativen und Entwürfe des Ministeriums informiert waren (Quellen: Süddeutsche Zeitung, Heise).

17. Dezember 2012: Nach einem Bombenfund im Hauptbahnhof von Bonn erklärt Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich, die Videoüberwachung im öffentlichen Bereich verstärken zu wollen. Gegenüber dem Spiegel sagt er: „Wir brauchen eine ef-

fiziente Videoüberwachung und Videoaufzeichnung auf öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen.“ FDP und Opposition reagieren skeptisch: „Mit seinem reflexhaften Ruf nach schärferen Gesetzen und mehr Videoüberwachung macht es sich Innenminister Friedrich zu leicht“, erklärt Renate Künast von den Grünen (Quellen: Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Heise).

17. Dezember 2012: Generalbundesanwalt Harald Range hat verfassungrechtliche Bedenken gegen den Einsatz von Staatstrojanern und will deswegen darauf verzichten. Eine solche Maßnahme sei nur dann zu rechtfertigen, „... wenn sichergestellt werden kann, dass ein weitergehender Eingriff in die Vertraulichkeit und die Integrität des geschützten Systems unterbleibt. Eine solche Begrenzung des Eingriffs kann jedoch nach Ansicht des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof derzeit technisch nicht hinreichend sicher gewährleistet werden“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (Quellen: Deutscher Bundestag: Drucksache 17/11598, Heise).

18. Dezember 2012: Aufgrund von Bedenken, die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung könnte der EU-Grundrechtecharta widersprechen, legt der Österreichische Verfassungsgerichtshof dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Fragen zur Auslegung der Grundrechtecharta vor (Quellen: Österreichischer Verfassungsgerichtshof, Heise).

18. Dezember 2012: Eine Verordnung in Kolumbien legt fest, dass Verbindungs- und Standortdaten durch die Diensteanbieter fünf Jahre auf Vorrat gespeichert werden müssen. Zusätzlich muss eine Abhörschnittstelle für die Kommunikation über das Internet bereitgehalten werden. Die *Electronic Frontier Foundation* (EFF) kritisiert die Verordnung (Quellen: Electronic Frontier Foundation, Heise).

18. Dezember 2012: Wegen Verstoßes gegen den *Children's Online Privacy Act* (COPPA) reicht das *Center for Digital Democracy* gegen den Fernsehsender *Nickelodeon* und den Spielhersteller *PlayFirst* Beschwerde ein. Die App *Spongebob Diner Dash* soll Daten von Kindern ohne elterliche Zustimmung sammeln (Quelle: Heise).

19. Dezember 2012: Die pauschale Sperrung von *Google Sites* in der Türkei verstößt gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden. Der Dienst war 2009 gesperrt worden, nachdem auf einer dort gehosteten Web-Seite der Staatsgründer Kemal Atatürk verunglimpft worden sein soll (Quelle: Heise).

21. Dezember 2012: Entgegen anderslautender Erwartungen ist die Welt am 21. Dezember 2012 offenbar nicht untergegangen. Entsprechende Vorhersagen waren auf den Maya-Kalender zurückgeführt worden. Die Frage, ob es sich bei der uns bekannten Welt nicht ohnehin nur um eine Simulation handelt, wurde dabei nicht abschließend beantwortet (Quelle: Eigener Augenschein).

21. Dezember 2012: Der Britische Premierminister hält an seiner Initiative fest, nach der auf Rechnern in Haushalten mit Kindern Filter gegen Pornographie eingerichtet werden sollen. Kinder seien „den dunkelsten Ecken“ des Internets ausgesetzt. In

einer Konsultation des Bildungsministeriums hatte sich zuvor die große Mehrheit gegen derartige Filter ausgesprochen (Quellen: Department for Education, Daily Mail, Heise).

24. Dezember 2012: Bei der von der Belgischen Staatsbahn betriebenen Web-Seite *b-europe.com* standen ca. 1,46 Millionen Kundendatensätze mit Anschriften, Sprachen, Geburtsdaten, E-Mail-Adressen und Telefonnummern frei zugänglich im Netz. Ein Sprecher erklärte dazu, die Datenbank sei unverlinkt auf dem öffentlichen Server untergebracht und nur mit einem „Trick“ zu finden – der *Trick* bestand offenbar darin, die entsprechende URL zu kennen. Diese war in einem belgischen Nutzerforum aufgetaucht (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

25. Dezember 2012: Berichten zufolge hat der Beauftragte der EU-Kommission für Internet-Freiheit, Karl-Theodor zu Guttenberg, bisher rund 20.000 Euro Reisekosten für seine Tätigkeit in Rechnung gestellt. Von öffentlichen Ergebnissen seiner Arbeit ist nichts bekannt; er übe seine Tätigkeit hauptsächlich im persönlichen Gespräch mit Kommissarin Neelie Kroes aus (Quellen: Spiegel, Heise).

27. Dezember 2012: Die Schwester des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg ist wegen eines unbeabsichtigt veröffentlichten Familienfotos im Netz verärgert. Sie selbst hat offenbar das Bild auf Facebook hochgeladen, ohne es aber öffentlich machen zu wollen. Ob sie ihre Privatsphäre-Einstellungen beim Einstellen des Fotos verändert hatte, ist nicht bekannt (Quelle: Heise).

Januar 2013

2. Januar 2013: Die Verlängerung des umstrittenen *Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA)* zur Überwachung der internationalen Kommunikation um weitere fünf Jahre wird nach dem Repräsentantenhaus auch vom US-amerikanischen Senat bestätigt. Im Rahmen der Auslandsaufklärung können so weiterhin ohne richterliche Genehmigung Telefonate abgehört und E-Mails abgefangen werden (Quelle: Heise).

7. Januar 2013: Die Kandidatin der Piratenpartei für die Landtagswahlen in Niedersachsen, Katharina Nocun, reicht eine Beschwerde gegen die Bundesregierung bei der EU-Kommission ein. Die Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sei verletzt, da die Behörde dem Bundesinnenministerium unterstellt ist. Die meisten der beamteten Datenschützer setzten ihre Laufbahn im Bundesinnenministerium fort und arbeiteten weisungsgebunden (Quellen: kattascha.de, Heise).

7. Januar 2013: Der niedersächsische Innenminister Schünemann wird turnusgemäß Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Länder. In einem Papier fordert er eine neue nationale Strategie gegen den Terror (Quellen: Innenministerkonferenz, Heise).

11. Januar 2013: Das Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität nimmt seine Arbeit auf. Es soll sich auf organisierte Kriminalität konzentrieren, mit den Schwerpunkten sexuelle Ausbeutung von Kindern und Finanzdelikte. Zusätzlich soll es Attacken auf kritische Infrastrukturen und Informationssysteme bekämpfen (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

13. Januar 2013: Dem australischen Geheimdienst *ASIO (Australian Security Intelligence Organisation)* soll die Befugnis gegeben werden, IT-Systeme Unbeteiligter zu infiltrieren, um auf diesem Weg Zugang zu Rechnern von mutmaßlichen Terroristen oder Kriminellen zu erhalten. Dies solle nur in Ausnahmefälle möglich sein; eine richterliche Erlaubnis ist dafür aber nicht erforderlich. Der Datenschutzbeauftragte des Staates Victoria hatte zuvor tiefe Einschnitte in die Grundrechte der Betroffenen durch die Befugnis moniert (Quellen: news.com.au, Heise).

15. Januar 2013: Die US-amerikanische *National Rifle Association (NRA)* veröffentlicht einen Monat nach dem Amoklauf von Newtown eine App, die unter anderem einen virtuellen Schießstand simuliert. Zuvor hatte sie Computerspiele für die Gewalt verantwortlich gemacht. Die App ist ab einem Alter von vier Jahren freigegeben (Quelle: Heise).

16. Januar 2013: Das Bundeskriminalamt (BKA) schafft offenbar die Software *FinFisher* der Firma Gamma an, um sie bis zur Fertigstellung des eigenen Staatstrojaners zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung zu nutzen. Gamma steht wegen des Verdachts in der Kritik, ihre Software an Diktaturen zu liefern (Quellen: netzpolitik.org, Heise).

19. Januar 2013: Die in den USA für die Flughafensicherheit zuständige *Transportation Security Administration (TSA)* will 174 an Flughäfen installierte Nacktscanner der Firma *Rapiscan* wieder entfernen. Es sei nicht möglich gewesen, Software zu entwickeln, die die Darstellung der Körper weniger realistisch macht. Die Geräte standen bereits im Verdacht, eine zu hohe Röntgenstrahlung zu entwickeln (Quelle: Heise).

20. Januar 2013: Bei den niedersächsischen Landtagswahlen wird die bisherige Regierung aus CDU und FDP abgewählt. Mit einer Stimme Mehrheit werden SPD und Grüne die nächste Landesregierung bilden. Damit scheidet auch der in Bürgerrechtskreisen umstrittene Innenminister Uwe Schünemann aus seinem Amt aus; er wurde unter anderem zweimal mit dem *BigBrother-Award* ausgezeichnet. Die Piratenpartei verfehlt mit 2,1 % die Fünf-Prozent-Hürde deutlich (Quellen: Zeit, Spiegel).

23. Januar 2013: 8438-mal stellen US-amerikanische Behörden 2012 Anfragen zu Nutzerdaten von Google. Betroffen waren 14.791 Nutzerkonten. Damit sind die USA für ein Drittel der 21.389 weltweiten Anfragen zu insgesamt 33.634 Nutzerkonten verantwortlich. Deutschland liegt mit 1550 Anfragen zu 1944 Konten auf Platz vier (Quellen: Google-Transparenzbericht, netzpolitik.org, Heise).

24. Januar 2013: Der Bundesgerichtshof urteilt, dass bei einem Ausfall der Internet-Verbindung grundsätzlich ein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Dem Anschluss wird eine „zentrale Bedeutung“ für die Lebensführung zugemessen (Quellen: Bundesgerichtshof, netzpolitik.org, Heise).

24. Januar 2013: Seinem Lobby-Bericht zufolge hat Google sein Budget für Lobbying in den USA im Jahr 2012 von 9,6 Millionen US-\$ auf 18,22 Millionen US-\$ nahezu verdoppelt (Quellen: United States House of Representatives, Heise).

